

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT



Zeitung der **Deutschen Kommunistischen Partei Hannover**

www.dkp-hannover | www.facebook.com/DKPHannover August-September 2022

Keiner soll hungern, ohne zu frieren

Die Energiepolitik der Regierung und der Wirtschaftskrieg gegen Russland werden für immer mehr Menschen in Deutschland zu einer existentiellen Bedrohung.

Die hannoverschen Stadtwerke „enercity“ haben Preiserhöhungen für Gas um 70 Prozent und für Strom um 40 Prozent angekündigt. Das bedeutet für einen Durchschnittshaushalt eine zusätzliche Mehrbelastung von 900 Euro im Jahr. So sieht also die Notfallplanung der grün-roten Stadtregierung für den Kriegswinter 2022/2023 aus.

Das ist ein Ergebnis der Berliner Ampel-Politik: schädliche Sanktionen im Auftrag der USA zu Lasten der Bevölkerung. Deutschen Politikern ist ein vermeintlicher Schaden für Putin offensichtlich wichtiger

als das Wohl des eigenen Volkes. Und schon wird in Berlin der nächste Anschlag auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung vorbereitet. Am 7. Juli verabschiedete der Bundestag eine Änderung im „Energiesicherungsgesetz“. Das soll die schnelle Umlage der steigenden Gaspreise auf alle Verbraucher ermöglichen - unabhängig von bestehenden Verträgen zwischen Gasanbietern und Gasabnehmern. Davon werden mehr als 20 Millionen Haushalte betroffen sein, die unterm Weihnachtsbaum hohe Abschlagsrechnungen als Geschenk finden werden.

Statt dessen sollte der Energiekrieger Habeck das einzig Vernünftige tun: die Betriebserlaubnis für die Gaspipeline Nordstream 2 erteilen.

Die Lösung: Nordstream 2

Trocken duschen?

Wir frieren nicht für Euren Krieg!

Absenkung der Nachttemperatur auf unter die gesetzlichen Vorgaben von 18 Grad? Mieter sollen die hausgemachten Versorgungsprobleme beim Heizgas ausbaden. So will der Immobilienkonzern Vonovia, dem über eine halbe Million Wohnungen gehören, als „verantwortungsvoller Vermieter“ auftreten. Das ist illegal, weil es unter der von der Rechtsprechung festgelegten Mindesttemperatur liegt. Wird diese um 3°C unterschritten, so rechtfertigt das eine Mietminderung von satten 15 Prozent! Der kapitalistische Wohnungsmarkt macht seinem Namen mal wieder alle Ehre. So diskutiert der Präsident der Netzagentur, Klaus Müller, derzeit eine Gesetzesänderung, die auch das Frieren tagsüber bei unter 20°C möglich macht. Wie schön, dass sich Konzerne und herrschende Politik Gedanken machen, wie sie die Mieter vor dem Preisschock und den exorbitanten Nachzahlungen im Heizungs- und Energiebereich bewahren können! Zimmerlich waren die angeblich demokratischen Politiker dagegen, als es um die „Übergewinne“ der Mineralölkonzerne bei den Benzinpreisen ging. Gewinne sollen angeblich heilig sein, Mieter, die ja in der Regel zu den weniger Betuchten gehören, dürfen frieren. **Wir sind der Meinung: Faire Handelsbeziehungen zu Russland, Öffnung von Nordstream 2 oder die Herrschenden können sich „warm anziehen“.**

Solidarität mit der Ukraine?

Seit dem Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine ruft die Bundesregierung zur „Solidarität mit der Ukraine“ auf. Dafür sollen „wir alle“ einen Beitrag leisten. Gemeint ist damit, dass „wir alle“ 100 Milliarden Euro extra, die für die Bundeswehr verballert werden sollen, über Steuern bezahlen und die irren Preissteigerungen bei Treibstoffen, Strom und Gas demütig hinnehmen sollen.

Doch schauen wir genauer hin. Gemeint ist ja nicht Solidarität mit der Bevölkerung der Ukraine, sondern Solidarität mit dem Selenski-Regime.

Diese Regierung ist alles andere als demokratisch. Innenpolitisch hat sie mittlerweile alle Oppositionsparteien verboten und eine Einparteien-Diktatur errichtet. Sie stützt ihre Macht auf den ukrainischen Geheimdienst SBU und diverse faschistische, terroristische Organisationen, so die Asow-Bewegung oder den Rechten Sektor und andere Nationalisten in der Tradition von Stepan Bandera, einem ukrainischen Mordgehilfen des Hitlerfaschismus. Welches Interesse soll die Bevölkerung in Deutschland daran haben, ein solches Regime zu finanzieren?

Schon vor dem Beginn der russischen Militärintervention war die Ukraine das ärmste Land Europas. Seit den 2000er Jahren und beschleunigt durch die Folgen des Maidan-Putsches 2014 sind etwa 5 Millionen Menschen aus der Ukraine als Arbeitsmigranten unterwegs – zwei Millionen mehr oder weniger dauerhaft im Ausland, drei Millionen pendeln in die Nachbarstaaten. Insbesondere der polnische Staat fördert die Arbeitsmigration aus der Ukraine. Etwa zwei Millionen UkrainerInnen verdingen sich in Polen vor allem in sogenannten niedrigen Diensten als Putzkräfte, Haushaltshilfen, Kellner, Altenbetreuer, LKW-Fahrer. Das Selenski-Regime ruiniert die Ukraine weiter. Dort gilt aktuell ein Mindestlohn von 1,21(!) Euro. Welches Interesse soll die Bevölkerung in Deutschland daran haben, ein solches Regime zu finanzieren?

Das Fährmannsfest schafft sich ab

Seit 39 Jahren findet an der Justus-Garten-Brücke das Fährmannsfest in Hannover-Linden statt.

Zu Beginn war das Stadtteilfest frei zugänglich. Die Preise für Speis' und Trank waren dem Lindener Portemonnaie angepasst. Über die Jahre entwickelte sich das Fest zu einem nicht wegzudenkenden Teil der Stadtteilkultur. Es wurde zu einem kollektiven Ereignis und Erlebnis. Anders als die meist gesichtslosen Stadtteilfeste wie z.B. das überteuerte und kommerzialisierte Maschseefest, konnte das Fährmannsfest Identifikation und Heimatgefühl schaffen.

Diese Identifikation der Lindener und Lindenerinnen ließ sie mit viel Missmut die Verteuerung und über die Jahre zunehmende Konturlosigkeit ihres Festes schlucken. Ein massiver Preisanstieg und der Wegfall des Kultur- und Kinderfestes heben den sozialen und fortschrittlichen Charakter dieses Jahr völlig auf. Mit diesem Veranstaltungskonzept wird dem Fährmannsfest nicht nur sein ursprünglicher Charakter und Zweck genommen, sondern auch weiter an der von den meisten Bewohnern unerwünschten Darstellung Lindens als Partytourismusstandort festgehalten. Die kulturellen Interessen der Bewohner, die sich in der Vergangenheit auch im Fährmannsfest widerspiegelten, gehen damit verloren.

Ob die Linderner und Lindenerinnen diesen Brocken auch noch schlucken werden, darf hiermit bezweifelt werden.

Spendenkonto der DKP Hannover

Postbank Hannover
IBAN DE16 2501 0030 0046 0363 00
BIC PBNKDEFFXX

IG Metall: 8% für Inflationsausgleich

Die Inflationsrate hat in Deutschland mit 7,9 Prozent einen neuen Rekordwert erreicht. Die Tarifkommissionen der IG Metall haben deshalb eine Lohnerhöhung von 8 Prozent als Forderung beschlossen. Damit würde der Lebensstandard der Beschäftigten gerade so gehalten.

Anders bei dem Tarifabschluss in der Stahlindustrie vom 17. Juni, dort erhalten die Beschäftigten ab August 6,5 Prozent mehr. Auf 18 Monate Laufzeit bis Ende November 2023 gerechnet sind das allerdings nur 4,3 Prozent und damit werden die Preissteigerungen nicht ausgeglichen. Es bedeutet unterm Strich einen Reallohnverlust von gut 3,6 Prozent. So viel weniger Kaufkraft haben die 170.000 Beschäftigten und ihre Familien. zur Verfügung.

Die Unternehmen können die höheren Preise an die Konsumenten abwälzen, während die Arbeitnehmer am Ende der Warenkette die Preiserhöhungen an niemanden weitergeben können - sie können nur ihren Lebensstandard einschränken, um über die Runden zu kommen.

Wieviel besser haben es da die rund 60.000 Beamten bei der EU-Kommission in Brüssel. Ihre Gehaltserhöhungen sind an die Inflationsraten in Belgien und Luxemburg gekoppelt. Deshalb bekommen sie dieses Jahr 8,5 Prozent mehr. In Italien gab es so einen automatischen Inflationsausgleich für alle, genannt „scala mobile“ bis zum Jahr 1993. Er wurde auf Betreiben der EU abgeschafft.

NATO hat Ukraine-Krieg seit 2014 geplant

Die NATO hat die ukrainischen Streitkräfte seit 2014, nach dem Sturz der damaligen Regierung durch den Maidan-Putsch, systematisch aufgerüstet. Ziel war die Kriegsfähigkeit der ukrainischen Armee gegen die neuen Donbass-Republiken und gegen Russland. Das hat der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg jetzt beim NATO-Gipfeltreffen in Madrid öffentlich zugegeben:

„Die NATO hat sich seit langem darauf vorbereitet, nicht dass wir erst am 24. Februar erkannt hätten, dass Russland gefährlich ist. Die Realität ist, dass wir uns seit 2014 darauf vorbereitet haben. Wir haben also unsere militärische Präsenz im Osten des Bündnisses verstärkt, und die NATO hat begonnen, mehr Geld in die Verteidigung zu investieren.“

(Generalsekretär Stoltenberg, auf der Pressekonferenz in Madrid am 30.6.2022)

Das britische Verteidigungsministerium prahlt damit, dass England seit 2015 unter dem Tarnnamen „Operation Orbital“ 22.000 ukrainische Soldaten nach NATO-Standards ausgebildet und für den Kriegseinsatz trainiert hat.

Und die USA unterhalten seit 2017 das „Yavoriv Combat Training Center“ unter der Bezeichnung „*International Center for Peacekeeping & Security*“ in Jaworiv in der Ukraine südlich von Lwow nahe der polnischen Grenze, in dem das 35rd Infantry Brigade Combat Team der Florida Army National Guard ukrainische Truppen gedrillt.

Weiterführende Informationen finden sich auch auf der Seite:
www.frieden-mit-russland.com

Diese Regierung ruiniert den Wirtschaftsstandort „D“

Deutschland ist Vorreiter bei Sanktionen, die dem eigenen Land am meisten schaden. Die Sanktionen sind keine höhere Gewalt. Sie sind bewusste Entscheidungen der Bundesregierung. Deutschen Politikern ist ein vermeintlicher Schaden für Putin wichtiger als das Wohl des eigenen Volkes. Der irrationale Hass auf Russland ist dabei größer als jede wirtschaftliche Vernunft.

Unsere Regierung hätte es in der Hand, die Situation für die eigenen Bürger und die Wirtschaft umgehend zu verbessern bzw. erheblichen Schaden gar nicht erst entstehen zu lassen. Statt die schädlichen Sanktionen zu Lasten der Bevölkerung wieder zurückzunehmen, verschärfen besonders die grünen Sanktionsfundamentalisten die Lebensbedingungen hierzulande. Deutschland soll nach ihrem Willen ab August keine Kohle mehr aus Russland importieren.

Zum Jahreswechsel soll auch kein russisches Erdöl mehr nach Deutschland fließen. Beim Gas verschärft sich die Lage durch die verrückte Entscheidung, nach jahrelangem Bau die betriebsfertige Gas-Pipeline Nordstream 2 auf Befehl der USA stillzulegen.

Der einzige vernünftige Ausweg aus diesem Sanktions-Kamikaze ist die Beendigung des Wirtschaftskrieges. Was spricht dagegen, das Gas über die fertiggestellte Nordstream 2-Pipeline zu transportieren? Dann hätte man preiswertes Gas in Hülle und Fülle zur Verfügung. Das würde auch die Energiepreise senken und damit die hohe Inflation eindämmen.

Fazit: Jede Absicht, Russland zu ruinieren, führt nur zur Verarmung der Werktätigen in Deutschland und der EU.

Neulich im Bundestag:

„Wollt ihr die totale Sanktionierung Russlands? Wollt ihr sie – wenn nötig – totaler und radikaler, als wir sie uns heute überhaupt erst vorstellen können?“

„JA Olaf, JA Annalena, JA Robert – wir wollen!“

Neues aus Corona-Land

Im Herbst weiter Testen und Impfen geplant

Nach Plänen aus dem Hause Lauterbach gilt bei Veranstaltungen und in der Gastronomie wieder generelle Maskenpflicht alternativ ein tagesaktueller negativer Test, der selbst bezahlt werden muss oder ein Impfnachweis, nicht älter als 3 Monate. Weiterhin sollen 60 Millionen Impfungen gegen die Omikron-Variante erfolgen - also eine vierte Impfung innerhalb von 2 Jahren. Der Pfitzer-BionTech-Impfstoff ist damit nur ein halbes Jahr wirksam. Toll.

190 Impftote pro Monat

Das Paul-Ehlich-Institut (PEI) ist für die Arzneimittelsicherheit zuständig. Im Mai teilte es mit, dass seit Beginn der Corona-Impfkampagne Ende Dezember 2020 insgesamt 2.810 Todesfälle in direktem Zusammenhang mit einer Corona-Impfung gemeldet wurden. Das sind pro Monat fast 190 Impfpflichtige. Die EU-Behörde European Medicines Agency (EMA) meldete für das Jahr 2021 sogar 36.500 Todesfälle in allen EU-Ländern, das sind immerhin 3.000 pro Monat.

Mach meinen Kumpel nicht an!

So heißt eine alte gewerkschaftliche Kampagne gegen Rassismus.

Die Forderung scheint heute nicht mehr alle Menschen einzuschließen. Sprichst du Russisch und lehnt nicht die russische Regierung ab, bekommst du hierzulande Probleme. Von der Zugangsverweigerung im Restaurant, Nichtbehandlung im Krankenhaus bis zum Berufsverlust reicht die Skala.

Von gewerkschaftlicher Seite wird die ehemalige richtige Kampagne aber nicht wiederbelebt. Warum nicht?

Haben russischsprachige Menschen weniger Rechte als an-

30.3.2022

Südkoreanisches Museum will ausgeliehene Kunst nicht an Russland zurückgeben

Das Sejong Center in Seoul weigert sich unter Berufung auf die Sanktionen, 63 Leihgaben an das Museum der Schönen Künste in Jekaterinburg zurückzugeben.

12.4.2022

Bei Aufführung von „Schwanensee“: Ukrainisches Kulturministerium droht Balletttänzern mit Entlassung

Zum Programm eines Kiewer Ballettensembles gehört auch das Ballett „Schwanensee“ des russischen Komponisten Tschaikowski. Das ukrainische Kulturministerium droht den Tänzern nun mit Entlassung, sollten sie das Stück im Rahmen einer Gastspielreise in Italien aufführen.



dere? Muss wirklich erst der Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes zitiert werden, um deutlich zu machen, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben (sollen)? Nun gut, falls es hilft:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden...“

Von einer Ausnahme wie russischer Sprache ist da nichts zu lesen.

Deshalb, Solidarität mit unseren russischen Freunden!

19.3.2022

Weltraumkonferenz zensiert den Namen des russischen Kosmonauten Juri Gagarin

Aufgrund des Krieges in der Ukraine wird eine Veranstaltung der Space-Foundation, die nach Juri Gagarin, dem ersten Menschen im All, benannt war, umbenannt – weil er Russe war.

23.3.2022

US-Universität benennt wegen Ukraine-Krieges Studierzimmer um

Die Universität von Florida mit Sitz in Gainesville hat beschlossen, eines ihrer Studierzimmer nicht mehr nach Karl Marx zu benennen. Damit will die Universität auf den Krieg in der Ukraine reagieren.

Kalte Suppe für heiße Tage: Šaltibarščiai

Gruß von der Kurischen Nehrung

Produktionsmittel für 4 Personen:

- 2 Rote Beete, gekocht
- 1 frische Salatgurke
- 4 Eier, hartgekocht
- 100 gr Sauerrahm
- 1 l Buttermilch
- 1 Tasse Wasser
- 1 Bund Dill
- 2 Schalotten
- 8 kleine Kartoffeln
- 1 EL Butter
- Salz

Zubereitung:

- Eigelbe von 2 Eiern, Schalotten, Gurke, Rote Beete und Eiweiße fein hacken und in eine ausreichend große Schüssel geben.
- Sauerrahm, Buttermilch und, wichtig: eine Tasse Wasser hinzufügen, salzen.
- Gut mischen und kalt stellen.
- Kartoffeln als Salzkartoffeln kochen.
- Anschließend die Butter zu den Kartoffeln geben und beides gut mischen.
- Die rosarote Suppe in tiefen Tellern anrichten, mit jeweils 2 Eiviertel und gehacktem Dill garnieren.
- Jeweils 2 gebutterte Kartoffeln auf separaten Tellern dazureichen und ebenfalls mit Dill garnieren.
- Dazu passt ein Bier.

!Geras appetitas!

!Guten Appetit!

Save the date

Unsere Zeit UZ-Pressesfest Volksfest der DKP

27. & 28. August 2022

Das Fest des Friedens und der Solidarität

Rosa-Luxemburg-Platz

BERLIN

Termine DKP Hannover

Stadtteilgruppe Linden

nächstes Treffen:

Montag,

5. September

19.00 Uhr

**DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58**

Stadtteilgruppe Mitte

nächstes Treffen:

Montag,

26. September

19.00 Uhr

**DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58**